Bisher sind erschienen:

Nr. 26 Werner W. Pommerehne und Bruno S. Frey
The Museum from an Economist's Perspective

Nr. 27 Werner W. Pommerehne und Friedrich Schneider
Wie steht's mit dem Trittbrettfahren? Eine experimentelle Untersuchung

Nr. 28 Friedrich Schneider und Werner Inderbitzin
Ein einfaches makroökonomisches Modell für die Schweizerische Volkswirtschaft

Nr. 29 H.H. Nachtkamp und H. Schneider
Multinationale Unternehmen und nationale Steuerpolitik

Nr. 30 Werner W. Pommerehne, Friedrich Schneider und Jean-Dominique Lafay
Les interactions entre économie et politique: synthèse des analyses théoriques et empiriques

Nr. 31 Helmut Schneider
Konkurrenzpreisbildung

Nr. 32 Bruno S. Frey und Hannelore Weck
Hat Arbeitslosigkeit den Aufstieg des Nationalsozialismus bewirkt?

Institut für empirische Wirtschaftsforschung

Institute for empirical research in economics

Universität Zürich

Nr. 32

BRUNO S. FREY
und
HANNELORE WECK

Hat Arbeitslosigkeit den Aufstieg des Nationalsozialismus bewirkt?

Sonderdruck aus:
Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 196 (1981)

Jahrb. f. Nationalök. u. Stat. (G. Fischer Verlag, Stuttgart 1981) Bd. (Vol.) 196/1

Abhandlungen

Hat Arbeitslosigkeit den Aufstieg des Nationalsozialismus bewirkt?

Did Unemployment Lead to the Rise of National Socialism?

Von Bruno S. Frey und Hannelore Weck, Zürich

I. Einleitung*

Der Aufstieg des Nationalsozialismus und der Untergang der Weimarer Republik werden häufig auf die *Wirtschaftskrise* der 30er Jahre zurückgeführt. Die zunehmende Arbeitslosigkeit habe die Wähler in die Arme der NSDAP getrieben. „Der Aufstieg des Nationalismus zur Macht" – so schreibt z. B. Fischer (1968, S. 56) – „war eng mit der Weltwirtschaftskrise verknüpft"[1]).

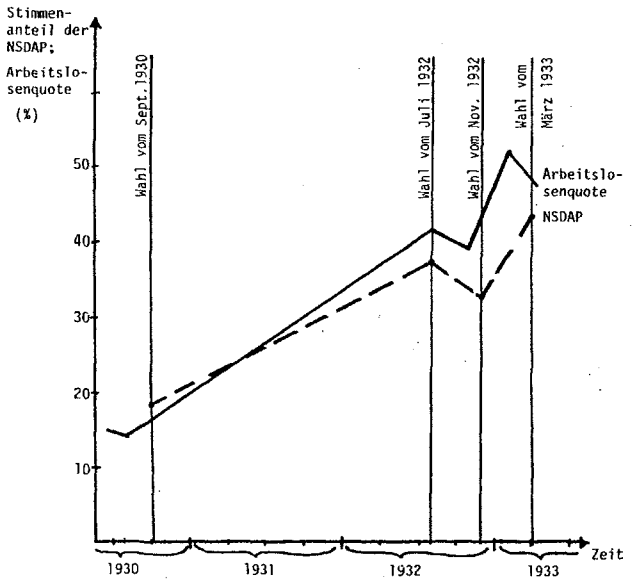
Vorliegende Daten legen in der Tat einen Zusammenhang zwischen dem Stimmenanteil der NSDAP an den Reichstagswahlen und der Arbeitslosenquote nahe. In Fig. 1 sind die vier letzten Reichstagswahlen (1930–1933) durch senkrechte Striche kenntlich gemacht (vgl. im einzelnen die in Tab. A und B des Anhangs angeführten Daten).

---

*) Wir danken Prof. Dr. *Knut Borchardt* für einen ausführlichen und äußerst fruchtbaren Kommentar zu einer früheren Fassung dieser Arbeit. Dr. *Gebhard Kirchgässner* und Dr. *Friedrich Schneider* sind wir für die Unterstützung bei den ökonometrischen Schätzungen erkenntlich. Diskussionen mit Prof. Dr. *Lothar Burchardt*, Dr. *Werner W. Pommerehne*, Dr. *Leopold Kohn*, *Werner Wnuk*, *Eleonore Epperlein*, *Blondi Wolf*, Prof. Dr. *Manfred Timmermann*, Prof. Dr. *Klaus Foppa*, Prof. Dr. *Hansjörg Siegenthaler*, Prof. Dr. *Dietmar Petzina* und Prof. Dr. *Thomas Ellwein* haben uns weitere wertvolle Hinweise gegeben.

[1]) Vergl. z. B. auch *Borchardt* (1979, S. 1), *Vierhaus* (1967, S. 175), *Milatz* (1965, S. 110, 113). Für *Helbich* (1968, S. 89) ist die Arbeitslosigkeit an den Wahlerfolgen der NSDAP so offensichtlich entscheidend beteiligt, daß dies „. . . wohl auch hier ohne nähere Prüfung hingenommen und anerkannt werden . . . muß und kann."

Speziell mit den wirtschaftlichen Aspekten und statistischen Daten der Weimarer Zeit befassen sich z. B. *Sanmann* (1965), *Petzina* (1977) und *Borchardt* (1975, 1979), aber auch schon *Friedrich* (1937), *Loomis* und *Beagle* (1946). Zum Ende der Weimarer Republik allgemein vgl. z. B. *Hentschel* (1978), *Bracher* (1964), *Conze* und *Raupach* (1967) und den mit einem ausführlichen Literaturverzeichnis versehenen Sammelband von *Jasper* (1968).



Figur 1: Arbeitslosenquote und Stimmenanteil der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1930–1933.

Der Stimmenanteil der Nationalsozialisten an den gültigen abgegebenen Stimmen ist zwischen der Reichstagswahl vom 14. September 1930 und der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 von 18,3% auf 37,3% hinaufgeschnellt. Die Arbeitslosenquote stieg ebenso dramatisch, nämlich von 14,4% (im Juli 1930) auf 42,3% (Juli 1932)[2]). Der Stimmenzuwachs der Nationalsozialisten bewegte sich somit im Gleichschritt mit der sich verschärften Wirtschaftskrise. Im Zeitpunkt der zweiten Wahl im Jahre 1932 (6. November) war der Höhepunkt der Wirtschaftskrise anscheinend überschritten: Sie hatte im ersten Quartal 1932 mit über 6 Mill. Arbeitslosen, d. h. *rund 50% der Erwerbstätigen*, ihr bisheriges Maximum erreicht. Bis Oktober 1932 sank die Arbeitslosenquote auf 39,6% der Erwerbstätigen. Wieder ist eine gleichförmige Entwicklung festzustellen, denn die Nationalsozialisten erhielten bei der November-Wahl von 1932 nur 33,1% der abgegebenen Stimmen. Ende 1932 und Anfang 1933 schien sich die Wirtschaftslage weiter zu verbessern, denn die industrielle Produktion und der Aktienindex stiegen (Fischer 1968, S. 43, Korsch 1976, S. 29). Die Arbeitslosen-

[2]) Das statistische Reichsamt weist die Arbeitslosen*quoten* in dieser Periode jeweils nur für Januar, April, Juli und Oktober aus, d. h. nicht genau zum jeweiligen Wahlzeitpunkt. Zur Analyse wird grundsätzlich diejenige Arbeitslosenquote verwendet, die am nächsten vor einer Reichstagswahl liegt. Die für die einzelnen Regionen benötigten Arbeitslosenquoten stehen erst ab 1930 zur Verfügung, so daß die Untersuchung auf den Zeitraum 1930–33 beschränkt werden mußte.

quote erhöhte sich jedoch auf 52,4% im Januar 1933[3]). Am 30. Januar 1933 wurde Hitler zum Reichskanzler ernannt, so daß die am 5. März 1933 durchgeführten Wahlen bereits unter der Herrschaft der Nationalsozialisten standen. Der Stimmenanteil der Nationalsozialisten stieg parallel zur Arbeitslosenquote auf 43,9%. Diese Wahlen fanden unter besonderen Umständen statt. Zwar scheinen die Nationalsozialisten keine Wahlfälschungen vorgenommen zu haben, die Bevölkerung wurde jedoch durch nationalsozialistische Kampfverbände terrorisiert, die politischen Gegner durch Verhaftungen, „Schutzhaft" und psychologischen Druck eingeschüchtert. Die Versammlungs- und Pressefreiheit war eingeschränkt. Die Nationalsozialisten konnten sich hingegen ungehindert entfalten und erhielten Wahlhilfe durch staatliche Organe[4]).

Das Ende der Weimarer Republik wird von einigen Autoren umfassender auf die zunehmende Stärke der totalitären, die Weimarer Demokratie ablehnenden Parteien zurückgeführt. Zu dieser „negativen Koalition" (Bracher 1964, S. 645) zählen neben der NSDAP auch die Deutsch-Nationale Volkspartei DNVP und die Kommunistische Partei Deutschlands KPD. So schildert etwa Heiber (1966, S. 226) farbig: „Die lärmende Agitation der radikalen Parteien, die in den Heeren der Arbeitslosen oder doch von Arbeitslosigkeit und Zwangsversteigerung Bedrohten auf Stimmenfang ausgegangen waren, brachten prächtige Ergebnisse."

In Fig. 2 wird der Stimmenanteil der *totalitären Parteien* an den Reichstagswahlen mit dem Verlauf der Arbeitslosenquote verglichen.

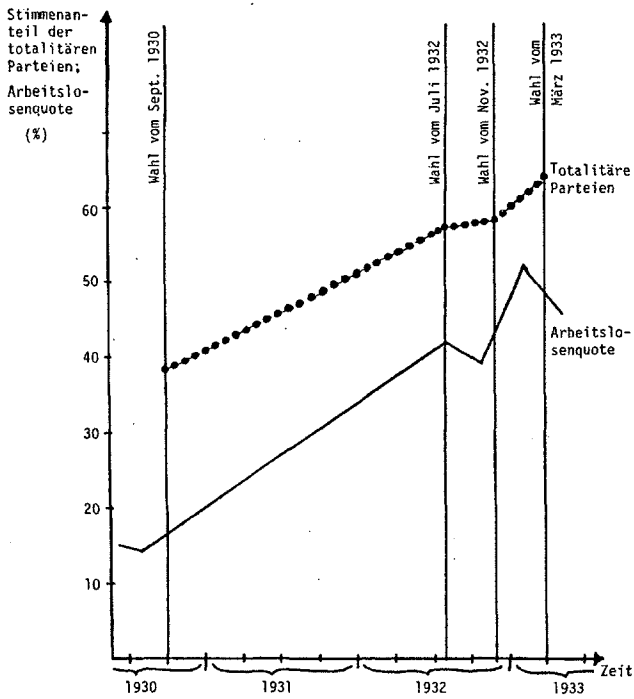
Zwischen der Septemberwahl 1930 und der letzten Wahl vom März 1933 ist eine stetige Zunahme des Stimmengewichtes der totalitären Parteien festzustel-

---

[3]) Werden allerdings die im Statistischen Jahrbuch des Deutschen Reiches für 1933 ausgewiesenen Daten übernommen (vgl. Tab. 2c, Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reiches, 1934, S. 297), *scheint* die Arbeitslosenquote für das erste Quartal 1933 nur 34,3% zu betragen, d. h. rund 18 Anteilprozente tiefer zu liegen! Die veröffentlichte tiefere Zahl geht auf eine Änderung der Tabellenpraxis des statistischen Reichsamtes zurück: Für 1930 bis 1932 werden die (bei Arbeitsämtern gemeldeten) Arbeitslosen als Anteil an den *beschäftigten* Arbeitnehmern angegeben, während für 1933 der Anteil an *beschäftigten* plus *arbeitslosen* plus *arbeitsunfähigen* Personen verwendet wird. Diese Änderung der Tabellenpraxis ist nicht ohne weiteres ersichtlich, da nicht explizit darauf hingewiesen wird und eine vergleichbare Entwicklung der Arbeitslosenquote anhand von Fußnoten zu verschiedenen Tabellen rekonstruiert werden muß. (Wir verdanken diesen Hinweis *Knut Borchardt*.)

Die vom Reichsamt ohne Angaben von Gründen vorgenommene Praxisänderung wurde offensichtlich durchgeführt, um die Arbeitslosensituation nach der Machtergreifung der NSDAP optisch besser aussehen zu lassen. Als Aperçu: Die ökonometrische Schätzung des Stimmenanteils der NSDAP auf Grundlage der „falschen" Arbeitslosenquoten war sinnvoll nur möglich, wenn eine Dummy-Variable für die Reichstagswahl vom März 1933 eingeführt, d. h. explizit ein Strukturbruch berücksichtigt wurde. Diese Dummy-Variable war statistisch hoch signifikant und gaukelte einen (von allen anderen Einfluß-Größen bereinigten) Stimmenumschwung zugunsten der NSDAP von rund 12 Anteilsprozenten vor!

[4]) Vgl. z. B. *Milatz* (1965, S. 148), *Bracher, Sauer, Schulz* (1962, S. 93).



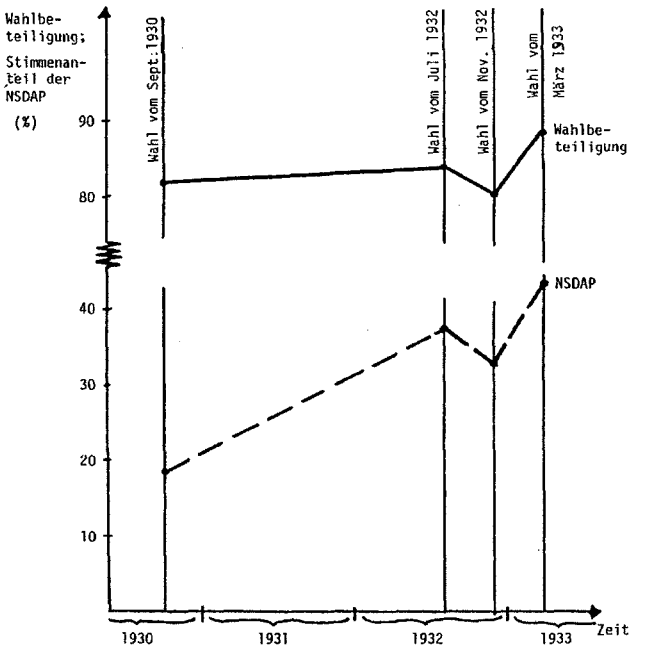
Figur 2: Arbeitslosenquote und Stimmenanteil totalitärer Parteien (NSDAP, DNVP, KPD) bei den Reichstagswahlen 1930–1933.

len: Ihr Stimmenanteil stieg von 38,4% (September 1930) auf 57,5% (Juli 1932), erhöhte sich auf 58,5% in der zweiten Wahl im gleichen Jahr und erreichte schließlich ein Maximum mit 64,2% im März 1933. Bereits ab Juli 1932 verfügten somit die demokratiefeindlichen extremen Partei von rechts und links über eine deutliche Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Der Stimmenanteil der Nationalsozialisten ist im Zeitablauf auffällig eng mit der *Wahlbeteiligung* korreliert, wie Fig. 3 zeigt.

Aus dieser Figur ist ersichtlich, daß die Wahlbeteiligung von 82% (1930) auf 84% in der ersten Wahl des Jahres 1932 stieg, dann auf 80,6% abfiel und bei der 33er Wahl 88,7% betrug. Diese hohe Wahlbeteiligung bei der letzten Wahl kann möglicherweise auf die organisierte Mobilisierung der Wähler durch die nationalsozialistischen Machthaber zurückgeführt werden.

Der Aufstieg des Nationalsozialismus wird in der Literatur häufig auch auf andere Faktoren als die Wirtschaftslage und die Wahlbeteiligung zurückgeführt. Als Gründe für den Zusammenbruch der Weimarer Republik werden die Konstruktionsmängel der *Weimarer Verfassung* (vgl. dazu Hermens 1964, S. 419 ff.) und die Last der *Versailler Verträge* genannt. Diese Aspekte werden



Figur 3: Wahlbeteiligung und Stimmenanteil der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1930–1933. Gesamtdeutsches Gebiet.

vor allem von Historikern hervorgehoben (vgl. z. B. Bracher 1964, Jasper 1968, S. 9/10).

Andere Forscher weisen wiederum auf *sozio-demographische* Determinanten hin. Angeführt werden vor allem drei Bestimmungsgründe:

- Die Nationalsozialisten seien vor allem durch die *Landbevölkerung* unterstützt worden, die hoch verschuldet war und durch eine Agrarkrise (Preisverfall, Absatzprobleme) schwer betroffen wurde. Sie erhoffte sich von der „Brechung der Zinsknechtschaft" eine Linderung ihrer Not und war für die „Blut und Boden"-Ideologie besonders zugänglich[5]).
- Die *katholischen* Bevölkerungsteile seien dem Nationalsozialismus aufgrund ihrer kirchlichen Bindung und ihrer traditionellen Vertretung durch die Zentrums-Partei kritisch gegenübergestanden[6]).

---

[5]) Vgl. z. B. *Pollock* (1944, S. 94), *Striefler* (1946, S. 59), *Lipset* (1968, S. 112), *Milatz* (1965, S. 135), Bundeszentrale für politische Bildung (1978, S. 17), *Bracher* (1964, S. 568 ff.). Für eine einzelne Region (Schleswig-Holstein) wurde dieser Einfluß vertieft untersucht von *Stoltenberg* (1962) und schon 1934 von *Heberle* (publ. 1963).

[6]) Z. B. *Lipset* (1968, S. 121), *Milatz* (1965, S. 113), *Striefler* (1946, S. 51), Bundeszentrale für politische Bildung (1978, S. 17) und *Bracher* (1964, S. 567 ff.).

– Die *Arbeiter* seien ebenfalls bis zur Machtübernahme durch die Nationalsozialisten dieser Partei feindlich gegenübergestanden; sie fühlten sich der Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei traditionell zugehörig.

Aus diesen Überlegungen wird weiter gefolgert, daß der Stimmenzuwachs der NSDAP vor allem auf die protestantische Landbevölkerung zurückgegangen sei (z. B. Heiber 1966, S 226). Die Nationalsozialisten hätten ihre Stimmen vor allem vom mittleren Bürgertum, dem neuen Mittelstand der Angestellten und den Selbständigerwerbenden (Gewerbetreibenden u. ä.) erhalten[7]).

Als weitere Ursache für die Stimmengewinne der NSDAP wird schließlich auch die dämonische Faszination der *Person Hitlers* verantwortlich gemacht (z. B. Jasper 1968).

Die soeben aufgeführten Gründe für den Aufstieg des Nationalsozialismus können als *strukturelle* Faktoren bezeichnet werden. Diese wirken nur langfristig; sie haben seit Anfang der Betrachtungsperiode (1930) – z. T. schon seit Beginn der Weimarer Republik – im wesentlichen in unveränderter Form bestanden.

In der Literatur ist umstritten, ob den konjunkturellen oder den strukturellen Erklärungen für den Untergang der Weimarer Republik und den Aufstieg der Nationalsozialisten größeres Gewicht zukommt. Unter Historikern wird meist sehr viel mehr Gewicht auf die strukturellen Einflüsse gelegt. Im grundlegenden Werk von Bracher (1964) wird z. B. nur beiläufig auf die Arbeitslosigkeit eingegangen, hingegen wird die Rolle der verschiedenen strukturellen Faktoren betont. Einzelne Autoren halten die konjunkturellen Einflüsse sogar für völlig unwichtig. So wird etwa behauptet: „... die häufig kolportierte Ansicht, die Arbeitslosen hätten Hitler zu seinen Wahlsiegen verholfen, [ist] falsch" (Bundeszentrale für politische Bildung 1978, S. 70)[8]). Sozialwissenschaftlich orientierte Forscher messen hingegen den sozialen Bedingungen, d. h. der Wirtschaftskrise in Form der Arbeitslosigkeit, mehr Bedeutung zu.

Die verschiedenen Ansichten stützen sich im wesentlichen auf eine vor allem auf Introspektion beruhende Betrachtung dieses Zeitraums. Wenige Studien argumentieren quantitativ, um ihre Ansichten zu untermauern (z. B. Mellen 1943, Striefler 1946, Bendix 1952, Bracher 1964, Milatz 1965); tiefgehende Analysen, insbesondere des Einflusses der Wirtschaftskrise (Arbeitslosigkeit), fehlen jedoch mit einer – im folgenden diskutierten – Ausnahme. Dies ist typisch

---

[7]) Vgl. Anmerkung (6) und *Vierhaus* (1967, S. 172), *Milatz* (1965, S. 135).

[8]) Bei dieser Behauptung wird nicht sorgfältig zwischen dem Einfluß der *Arbeitslosen* und der *Arbeitslosigkeit* auf die Reichstagswahlen unterschieden. Logisch ist nicht auszuschließen, daß zwar der Stimmenanteil der Nationalsozialisten mit der Arbeitslosigkeit gestiegen ist, aber kein einziger Arbeitsloser der NSDAP seine Stimme gegeben hat. Der Stimmenzuwachs der NSDAP kann aus anderen Wählerschichten stammen, die die Nationalsozialistische Partei bei einer Verschärfung der Wirtschaftskrise wählen, weil sie sich vor einer Entlassung fürchten, sich in einer Existenzangst befinden oder befürchten, daß der Staat durch linksextreme Parteien (den Kommunisten) übernommen wird.

für den Mangel an Analyse in der Geschichtswissenschaft, insbesondere der Weimarer Zeit[9]).

Die bisher gründlichste Analyse des Einflusses der Arbeitslosigkeit auf die Reichstagswahlen in der Weimarer Republik wurde von Werner Kaltefleiter in seinem Buch „Wirtschaft und Politik in Deutschland. Konjunktur als Bestimmungsfaktor des Parteiensystems" (1966) unternommen. Ausgehend von einem graphischen Vergleich der Entwicklung der Arbeitslosigkeit und dem Stimmenanteil der NSDAP – analog zu Fig. 1 – beobachtet er eine auffallende Korrelation zwischen den beiden Größen (S. 36/37). Aufgrund der Betrachtung einzelner Wahlkreise stellt Kaltefleiter hingegen fest, „daß Arbeitslosigkeit nicht ausreicht, um einen hohen NSDAP-Anteil zu erklären" (S. 47). Notwendig sei die Mitberücksichtigung von sozio-demographischen Faktoren.

Um die verschiedenen Einflussfaktoren zu erfassen, wählt Kaltefleiter solche Wahlkreise aus, die bis auf den zu untersuchenden Faktor sehr ähnlich sind. Um die Hypothese zu untersuchen, daß der Nationalsozialismus tendenziell in protestantischen Gegenden seine größten Erfolge erzielen konnte, wird z. B. folgendermassen vorgegangen: „Um eine Zuordnung unterschiedlichen Wahlverhaltens auf die konfessionelle Gliederung zu ermöglichen, müssen die verschiedenen Kreise in allen anderen Faktoren, die für das Wahlverhalten in der Regel von Bedeutung sind, im wesentlichen gleich sein" (S. 50). Die Ergebnisse werden verbal entwickelt, wobei zur Erläuterung auch Zahlen verwendet werden. Auf statistische Inferenz-Methoden, wie Korrelation oder Regression, wird verzichtet.

Kaltefleiter kommt zum Schluß, daß der Anstieg der Arbeitslosigkeit eine wesentliche Ursache für den steigenden Stimmenanteil der Nationalsozialistischen Partei gewesen ist.

„Die aufgezeigte Übereinstimmung zwischen NSDAP-Erfolgen und Wirtschaftskrise, gemessen an der Zahl der Arbeitslosen, ist ... auffallend und eindeutig" (S. 39). Der Stimmenanteil der NSDAP ist in der agrarischen und in der protestantischen Bevölkerung besonders hoch (vgl. insbesondere S. 49, 50, 57). Für die KPD stellt er eine weniger enge Beziehung zur Wirtschaftskrise fest (S. 65). Ihr Stimmenanteil steigt mit dem Anteil der Arbeiter (S. 67). Der Anteil der beiden Konfessionen an der Gesamtbevölkerung hat wenig Einfluss auf den kommunistischen Stimmenanteil (S. 67).

Gegen das methodische Vorgehen von Kaltefleiter können jedoch verschiedene Einwendungen erhoben werden[10]):

---

[9]) Dies wird u. a. von *Krohn* (1974, S. 9) und *Korsch* (1976, S. 13) beklagt. *Jasper* (1968, S. 12, 15) bedauert zwar, daß nur wenige Beiträge zu dieser Zeit aus der Politikwissenschaft, Soziologie und Sozialpsychologie stammen, kommt aber nicht auf den Gedanken, daß auch die Wirtschaftswissenschaft einen Beitrag liefern könnte.

[10]) Damit wird Kaltefleiters Leistung keineswegs geschmälert, sondern es wird nur gezeigt, daß seither die empirischen Forschungsmethoden fortgeschritten sind. Eine grundsätzlich gleiche Kritik kann auch gegen die Analyse von *Bracher* (1964, insb. S. 565–575) und *Shively* (1972) erhoben werden.

- Es werden nicht im strengen Sinne Hypothesen getestet, sondern Plausibilitäts-Argumente vorgebracht;
- Die aufgedeckten Zusammenhänge werden nicht quantifiziert, sondern nur verbal beschrieben;
- Verzerrungen infolge einer mehr oder weniger willkürlichen Auswahl der analysierten Wahlbezirke sind nicht auszuschließen. Ein eindeutiges Auswahlkriterium fehlt, so daß ein objektiver Nachvollzug der Forschungsergebnisse schwierig ist;
- Die Betrachtung ist nicht umfassend und simultan, die verschiedenen Einflüsse werden vielmehr nacheinander zu isolieren versucht. Die verschiedenen Faktoren, die die Reichtagswahl-Ergebnisse bestimmen, können mit Kaltefleiters Vorgehensweise nicht präzis konstant gehalten werden.

In dieser Arbeit soll die Bedeutung der konjunkturellen und strukturellen Faktoren für die Erklärung des Stimmenanteils der NSDAP und anderer Parteien in der Weimarer Republik untersucht werden. Besonderes Gewicht wird darauf gelegt, den Einfluss der Arbeitslosigkeit auf die Wahlen adäquat zu erfassen. Es soll demonstriert werden, daß die aufgezeigten Mängel der bisherigen Analysen mit Hilfe ökonometrischer Methoden überwunden werden können. Dabei kann auf die Erfahrungen der Neuen Politischen Ökonomie (vgl. z. B. Frey 1977) zurückgegriffen werden, die sich intensiv mit dem Einfluss der Wirtschaftslage auf das Wählerverhalten auseinandergesetzt hat. Betrachtet wird die Periode 1930–1933, weil – wie bereits erwähnt – für die Zeit vor 1930 keine Arbeitslosen*quoten*, mit denen die Intensität der Wirtschaftkrise erfaßt wird[11]), zur Verfügung stehen. In dieser Periode haben sich im wesentlichen der Aufstieg des Nationalsozialismus vollzogen und die Auflösung der Weimarer Republik wurde besiegelt. Der Zeitraum 1930–1933 wird von Historikern (z. B. Jasper 1968) als sinnvolle Einheit angesehen.

Die vier Reichtagswahlen zwischen 1930 und 1933 stellen natürlich eine unzureichende Datenbasis für die Anwendung quantitativer (ökonometrischer) Methoden dar. Um weitere Beobachtungswerte zu gewinnen, wird die Zeitreihen- mit einer Querschnittanalyse über verschiedene Regionen kombiniert.

Im Zentrum der Betrachtungen steht die Entwicklung des Stimmenanteils der Nationalsozialistischen Partei. Besondere Aufmerksamkeit wird aber auch den anderen totalitären Parteien, der Deutsch-Nationalen Volkspartei DNVP und der Kommunistischen Partei KPD gewidmet. Neben einzelnen Parteien werden auch „Koalitionen" betrachtet (vgl. dazu z. B. Bracher 1964, S. 645). Unterschieden werden die (rechten und linken) totalitären Parteien, die die Weimarer Republik tragenden Parteien, sowie kleinere Splitterparteien, zusammengefaßt als „Restparteien".

Im folgenden Abschnitt II werden die Überlegungen über das Wählerverhalten im Rahmen der empirischen politischen Ökonomie (Politometrie) auf die histo-

[11]) Arbeitslosenquoten stehen ab 1930 für Landesarbeitsbezirke zur Verfügung. Sozialproduktsdaten existieren für diese Periode nur auf Jahresbasis (vgl. Keese, 1967) und nicht für einzelne Regionen.

rische Fragestellung angewandt. In Abschnitt III werden die theoretischen Hypothesen entwickelt, der Schätzansatz und die Daten diskutiert. Die Schätzergebnisse werden in Abschnitt IV präsentiert; Abschnitt V enthält die Schlußbemerkungen. Die statistischen Grunddaten sind im Anhang aufgeführt.

II. Schätzungen von Wahl- und Popularitätsfunktionen

Einer der wichtigsten Bestimmungsgründe für die Wahlentscheidung ist die Wirtschaftslage. Die Wähler tendieren dazu, die Regierung für die Konjunkturlage verantwortlich zu machen, weil sie davon ausgehen, daß die Regierung die Wirtschaftslage beeinflussen kann. Nehmen Arbeitslosigkeit und Inflation zu, fällt die Zustimmung für die Regierung. Bei höherem Wirtschaftswachstum steigt entsprechend der Stimmenanteil der Regierung. Der Stimmenanteil der Oppositionsparteien verändert sich jeweils in umgekehrter Richtung. Neben dem Stimmenanteil kann das Verhalten der Wähler auch anhand von Popularitätsziffern erfaßt werden, die mittels Umfragen erhoben werden.

Die Wahl- und Popularitätsfunktionen enthalten neben den wirtschaftlichen Variablen Inflationsrate, Arbeitslosenquote und Wachstumsrate des verfügbaren Realeinkommens auch sozio-demographische und politische Variablen. Zu letzteren zählen all jene Einflüsse auf das Wählerverhalten, die mit der aktuellen politischen Lage zusammenhängen, wie etwa Skandale (z. B. Watergate unter Nixon) oder aussenpolitische Verwicklungen (z. B. Kriege).

Für Wahlfunktionen sind statistisch signifikante Einflüsse der Wirtschaftslage auf die Wahlergebnisse aufgrund von Zeitreihendaten nur schwer nachzuweisen, weil für die meisten Länder nur wenige vergleichbare Wahlen zur Verfügung stehen. Popularitätsfunktionen lassen sich besser schätzen, weil wegen der monatlichen Befragungen eine wesentlich größere Zahl von Beobachtungen vorhanden ist. Die bisher durchgeführten Untersuchungen für Industrieländer der Nachkriegszeit kommen zum Schluß, daß Inflation, Arbeitslosigkeit und reales Wachstum einen systematischen Einfluß auf die Popularität der Regierung ausüben[12]). Für die Bundesrepublik Deutschland und die Periode 1957–1975 ergibt eine Schätzung (Frey und Schneider 1979) folgende Ergebnisse: Ein Anstieg der Inflation um einen Prozentpunkt vermindert ceteris paribus den marginalen Stimmenanteil der Regierung um 1,5%, ein Anstieg der Arbeitslosigkeit um einen Prozentpunkt vermindert den Stimmenanteil um 1,7 Prozentpunkte und ein Anstieg der Wachstumsrate des realen verfügbaren Einkommens um einen Prozentpunkt erhöht den Stimmenanteil der Regierung um 0,6 Prozentpunkte. Diese Einflüsse sind statistisch signifikant.

Die den Wahl- und Popularitätsfunktionen zugrundeliegende Hypothese läßt sich auf die Verhältnisse der Weimarer Zeit übertragen: Die mit der Wirtschaftslage unzufriedenen Wähler haben sich tendenziell von den Regierungsparteien

---

[12]) Vgl. *Kirchgässner* (1976), *Frey* (1977), *Frey* und *Schneider* (1979), *Schneider* (1978), *Pommerehne* und *Frey* (1979). Eine Übersicht über Schätzungen für verschiedene Länder gibt *Frey* (1980).

ab- und den Oppositionsparteien zugewendet. Gleichzeitig war damit eine Entscheidung *gegen* die Weimarer Demokratie getroffen, weil sich die Oppositionsparteien vor allem aus den extremen Parteien der rechten (NSDAP, DNVP) und der linken (KPD) zusammensetzten. Die bestehende demokratische Ordnung wurde in Weimar von den Parteien der Mitte gestützt. Für die Weimarer Zeit kann somit (in Analogie zu den Verhältnissen in den heutigen Industriestaaten) die Hypothese aufgestellt werden, daß zunehmende Arbeitslosigkeit den Stimmenanteil der „Weimarer-Parteien" vermindert und denjenigen der totalitären Parteien, insbesondere der NSDAP, erhöht hat. Die empirische Überprüfung dieser Hypothese steht im Mittelpunkt der in den nächsten beiden Abschnitten durchgeführten politometrischen Analysen.

III. Schätzansatz

1. Zu testende Hypothesen

Als erklärende Variablen werden konjunkturelle (Arbeitslosigkeit), soziodemographische (Anteil der Katholiken, der landwirtschaftlich Erwerbstätigen und der Arbeiter in der Gesamtbevölkerung) und politische Faktoren (Wahlbeteiligung) unterschieden.

Erklärt wird der Stimmenanteil

- der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei NSDAP;
- der Deutsch-Nationalen Volkspartei DNVP;
- der Kommunistischen Partei Deutschlands KPD;
- der Deutschen Volkspartei DVP;
- des (katholischen) Zentrums (inkl. Bayrische Volkspartei) Z;
- der Deutschen Staatspartei DStP;
- der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands SPD;

sowie der *Parteigruppierungen*:

- totalitäre rechte und linke Parteien (NSDAP, DNVP, KPD);
- „Weimarer-Parteien", gebildet aus dem Zentrum, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Staatspartei und der Sozialdemokratischen Partei;
- Restparteien. Dazu gehören u. a. die Wirtschaftspartei, das Deutsche Landvolk, die Deutsche Hannoveranische Partei, der Christlich-Soziale Volksdienst und die Deutsche Bauernpartei.

Die Stimmenanteile der erwähnten Parteien und Parteigruppierungen bei den vier Reichstagswahlen 1930–1933 sind in Tabelle A des Anhangs aufgeführt.

Aufgrund der Überlegungen aus der vorne angeführten Literatur lassen sich folgende theoretische Hypothesen formulieren:

1. Verschlechtert sich die Wirtschaftslage, steigt der Stimmenanteil der NSDAP und der totalitären Parteien und fällt derjenige der Weimarer und der Restparteien;

2. Nimmt die Wahlbeteiligung zu, werden die Nationalsozialisten und totalitären Parteien begünstigt;

3. Je mehr Katholiken einem Wahlkreis angehören, desto höher ist der Stimmenanteil der Weimarer-Parteien (insbesondere des Zentrums), und desto geringer ist der Stimmenanteil aller totalitären Parteien;

4. Je höher der Anteil landwirtschaftlich Erwerbstätiger in einem Wahlkreis, desto höher ist der Stimmenanteil der NSDAP (und der ideologisch nahestehenden DNVP), und desto geringer ist der Stimmanteil der KPD und der Weimarer Parteien;

5. Je stärker die Arbeiter in einem Kreis vertreten sind, desto höher sind die der KPD zufallenden Stimmen und desto weniger Stimmen erhalten die rechtsextremistischen Parteien NSDAP und DNVP.

Die Schätzgleichung für Partei (oder Parteigruppe) j zum Zeitpunkt t und im Wahlbezirk i lautet:

$$S^j_{it} = \alpha^j_0 + \alpha^j_{ALQ} \cdot ALQ_{it} + \alpha^j_{WB} \cdot WB_{it} + \alpha^j_{KATH} \cdot KATH_i + \alpha^j_{LANDW} \cdot LANDW_i + \alpha^j_{ARB} \cdot ARB_i + \varepsilon^j_{it} .$$

Die Symbole bedeuten:

S^j_{it} = Anteil der für Partei j im Kreis i an der Reichstagswahl (Zeitpunkt) t abgegebenen Stimmen an der Gesamtzahl der abgegebenen gültigen Stimmen (in Prozent);

ALQ_{it} = Arbeitslosenquote im Kreis i zum Zeitpunkt t (in Prozent);

WB_{it} = Wahlbeteiligung im Kreis i zum Zeitpunkt t (in Prozent);

$KATH_i$ = Anteil der Katholiken an der Gesamtbevölkerung im Kreis i (in Prozent);

$LANDW_i$ = Anteil der landwirtschaftlich Erwerbstätigen im Kreis i (in Prozent);

ε^j_{it} = Zufallsterm, der alle nicht systematischen Einflüsse erfaßt.

Die Variablen S^j_{it}, ALQ_{it} und WB_{it} unterscheiden sich in jedem Kreis i *und* zu jedem Wahlzeitpunkt t, die strukturellen Variablen $KATH_i$, $LANDW_i$ und ARB_i unterscheiden sich nur zwischen den Kreisen, werden jedoch als zeitlich konstant unterstellt (sie sind für das Jahr 1930 berechnet).

Aus den theoretischen Überlegungen können folgende Vorzeichen für die geschätzten Parameter $\hat{\alpha}$ abgeleitet werden:

- für die NSDAP: $\alpha_{ALQ} > 0$, $\alpha_{WB} > 0$, $\alpha_{KATH} < 0$, $\alpha_{LANDW} > 0$,$\alpha_{ARB} < 0$;
- für die DNVP: $\alpha_{ALQ} > 0$, $\alpha_{KATH} < 0$, $\alpha_{LANDW} > 0$, $\alpha_{ARB} < 0$;
- für die KPD: $\alpha_{ALQ} > 0$, $\alpha_{KATH} < 0$, $\alpha_{LANDW} < 0$, $\alpha_{ARB} > 0$;
- für die totalitären Parteien insgesamt: $\alpha_{ALQ} > 0$, $\alpha_{WB} > 0$, $\alpha_{KATH} < 0$;
- für die Weimarer Parteien: $\alpha_{ALQ} < 0$, $\alpha_{KATH} > 0$;
- für die einzelnen Parteien in dieser Gruppierung werden keine Hypothesen aufgestellt, außer daß die Weimar-treuen katholischen Wähler für das Zentrum ($\alpha_{KATH} > 0$) und nicht für die SPD ($\alpha_{KATH} < 0$) gestimmt haben;
- für die Restparteien: $\alpha_{ALQ} < 0$.

Der Stimmenanteil aller Parteien addiert sich auf 100%. Die Summe der Konstantglieder ($\sum_j \alpha^j_0$) beträgt damit auch 100%; der Einfluß der einzelnen erklärenden Variablen k kompensiert sich ($\sum_j \alpha^j_k = 0$).

2. Daten und Schätzmethode

Aus einer Zeitreihenbetrachtung der vier Wahlen zwischen 1930 und 1933 ist es aus statistischen Gründen unmöglich, den Einfluss konjunktureller, sozio-demographischer und politischer Faktoren zu ermitteln. Eine weit größere Zahl von Beobachtungen ist notwendig. Eine Querschnittsanalyse setzt voraus, daß die politischen (Stimmenanteile), die wirtschaftlichen (Arbeitslosenquoten) und die sozio-demographischen Daten, die jeweils nach einer anderen räumlichen Gliederung erfaßt wurden, zur Deckung gebracht werden. Die Arbeitslosenquoten sind für 13 Landesarbeitsamtsbezirke verfügbar. Betrachtet wird die jeweils letzte Beobachtung vor der Wahl. Die Wahlbezirke lassen sich derart aggregieren, daß sie sich mit den Landesarbeitsamtsbezirken decken. Die sozio-demographischen Variablen des Anteils der Katholiken, der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen und der Arbeiter sind nach Landesbezirken erhoben; sie lassen sich ebenfalls auf das Niveau der 13 Landesarbeitsamtsbezirke aggregieren. Die Beziehung zwischen Landesarbeitsamtsbezirken, Landesbezirken und Wahlbezirken ist in Tab. C des Anhangs wiedergegeben.

Tab. 1 zeigt die prozentualen Arbeitslosenquoten in den verschiedenen Bezirken. Der Anteil der Erwerbslosen unterscheidet sich in den 13 Bezirken wesent-

Tabelle 1: Arbeitslosenquote nach Bezirken zu den Wahlzeitpunkten, 1930–1933

	Daten			
Bezirke	Juli 30	Juli 32	Okt. 32	Jan. 33
1. Ostpreußen	7,6	18,6	19,8	35,5
2. Schlesien	17,0	43,1	38,0	63,5
3. Brandenburg	18,7	46,1	43,9	57,0
4. Pommern	9,0	24,9	24,7	41,7
5. Nordmark	11,2	41,3	41,0	51,2
6. Niedersachsen	9,1	37,0	36,2	49,4
7. Westfalen	12,9	48,3	45,3	51,3
8. Rheinland	17,7	51,5	48,9	56,2
9. Hessen	17,0	47,0	44,6	56,9
10. Mitteldeutschland	13,7	43,7	36,9	54,2
11. Sachsen	19,2	57,3	51,3	65,6
12. Bayern	12,7	34,3	32,3	45,1
13. Südwestdeutschland	8,7	27,0	25,2	33,5
Reichsgebiet	14,4	42,3	39,6	52,4

Quelle: Statistische Jahrbücher des Deutschen Reiches:
1930–32: Berechnet aus Angaben über die Zahl der beschäftigten Krankenkassenmitglieder (*ausschließlich* Arbeitsunfähige und Arbeitslose) und den bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen (Statistische Jahrbücher des Deutschen Reiches, 1931/S. 300, 301, 1932/S. 290, 291, 1933/S. 290; hier werden die Prozentanteile für 1932 direkt ausgewiesen).
1933: Prozentanteil der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen an den Krankenkassenmitgliedern (umgerechnet auf beschäftigte Krankenkassenmitglieder abzüglich der Arbeitslosen und Arbeitsunfähigen). (Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reiches, 1934/S. 297).

Anmerkung: Die Nordmark umfaßt Schleswig-Holstein und Hamburg; Mitteldeutschland setzt sich zusammen aus Thüringen, Magdeburg und Merseburg.

lich voneinander. Im Juli 1932 zum Beispiel, als die durchschnittliche Arbeitslosigkeit im Reichsgebiet bei 42,3% lag, betrug sie in Ostpreußen „nur" 18,6%, in Pommern 24,9% und in Südwestdeutschland 27%, während sie im Rheinland bei 51,5% und in Sachsen bei 57,3% lag.

In der Tab. 2 sind die sozio-demographischen Strukturvariablen nach Wahlbezirken für das Jahr 1930 aufgeführt.

Um eine Vorstellung über die Größe der einzelnen Bezirke zu erhalten, ist auch die Zahl der Stimmberechtigten aufgeführt. Zwischen den 13 Wahlbezirken bestehen erhebliche Unterschiede

- hinsichtlich des Anteils an Katholiken: am höchsten ist der Anteil der sich zu dieser Konfession Bekennenden in Bayern mit 70% und im Rheinland mit 66,8% der Bevölkerung, am niedrigsten in Sachsen und Pommern mit je 3,6% und in der Nordmark mit 4,1%;
- hinsichtlich des Anteils landwirtschaftlich Erwerbstätiger: hochagrarisch sind die Wahlbezirke Ostpreußen mit 55,7%, Pommern mit 50,7% und Bayern mit 43,8%; eine geringe landwirtschaftliche Bevölkerung weist Sachsen mit 12,4%, Brandenburg mit 18,4% und das Rheinland mit 19,3% auf;
- hinsichtlich des Anteils der Arbeiter: die Arbeiterschaft ist am stärksten in Sachsen und Westfalen vertreten mit einem Anteil an der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung von rund 54%. Niedere Anteile der Arbeiter weisen vor

Tabelle 2: Sozio-demographische Strukturvariable der Wahlbezirke des Deutschen Reiches, 1930.

Bezirke	Stimmberechtigte (absolute)	Anteil Katholiken an Religionszugehörigen insgesamt (%)	Anteil der in der Landwirtschaft beschäft. Arbeitnehmer an den Gesamtbeschäftigten (%)	Anteil der Arbeiter an den Gesamtbeschäftigten (%)
Ostpreußen	1 392 053	15,1	55,7	42,6
Schlesien	2 962 654	47,6	38,0	47,4
Brandenburg	5 382 283	9,5	18,4	47,0
Pommern	1 819 448	3,6	50,7	22,4
Nordmark	2 002 256	4,1	22,8	44,9
Niedersachsen	3 081 204	13,4	38,2	41,4
Westfalen	3 294 940	56,5	20,4	53,8
Rheinland	5 008 858	66,8	19,3	48,2
Hessen	2 681 244	28,7	32,7	39,7
Mitteldeutschland	3 618 381	6,0	31,4	49,5
Sachsen	3 586 503	3,6	12,4	54,0
Bayern	4 795 998	70,0	43,8	36,4
Südwestdeutschland	3 353 880	44,6	39,9	36,3

Quelle: Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reiches, 1931 und eigene Berechnungen.

allem Pommern mit 22,4%, aber auch die süddeutschen Länder Hessen, Bayern und Südwestdeutschland mit etwa 36–40% auf.

In Tab. 3 sind die Wahlergebnisse in den 13 Bezirken für die 4 Wahlen zwischen 1930 und 1933 für die NSDAP und andere Parteien und Parteigruppierungen aufgeführt.

Auch hinsichtlich der Stimmenanteile sind erhebliche Unterschiede zwischen den Bezirken festzustellen. Bei der Wahl vom September 1930 hat z. B. die NSDAP in der Nordmark 23,4% der abgegebenen Stimmen, in Pommern 22,8%, in Ostpreußen 22,5% und in Niedersachsen 22,3% erhalten. Demgegenüber liegt ihr Stimmenanteil in Westfalen bei nur 13%, in Südwestdeutschland bei 15,3% und im Rheinland bei 15,9%. Sie hat aber auch im protestantischen Brandenburg nur 17,4% aller Stimmen erhalten.

Die *kombinierte* (gepoolte) *Querschnitts-Längsschnitts-Schätzung* ermöglicht anhand von $4 \times 13 = 52$ Beobachtungen Aussagen über die gesamte Periode[13]). Wegen der ausreichenden Zahl von Beobachtungen sind diese Schätzungen statistisch gut abgesichert. Mit Hilfe des F-Testes läßt sich untersuchen, ob die kombinierten Längs- und Querschnittsdaten als Stichprobe aus *einer* Grundgesamtheit aufgefaßt werden können, d. h. ob zeitliche und räumliche Konstanz der Parameter unterstellt werden kann[14]). Implizit wird damit angenommen, daß die Einflüße über die Bezirke hinweg in gleicher Weise wirken und interpretiert werden können wie Einflüsse über die Zeit.

IV. Schätzergebnisse

In den folgenden Tabellen werden die aufgrund der kombinierten Längs- und Querschnittsdaten geschätzten Parameter (inklusive t-Werten und standardisierten β-Koeffizienten) wiedergegeben.

1. Stimmenanteil der einzelnen Parteien

In Tab. 4 wird der Einfluss wirtschaftlicher, sozio-demographischer und politischer Faktoren auf die Stimmenanteile der verschiedenen Parteien in der Weimarer Republik gezeigt.

---

[13]) Die Schätzungen mit kombinierten Längsschnitt- und Querschnittsdaten wurden mit dem BMD – Programm P1R: „Multiple Linear Regression" an der Universität Zürich durchgeführt. Die Daten für die einzelnen Bezirke und verschiedenen Zeitpunkte wurden aneinandergereiht und als eine Stichprobe interpretiert. Die Schätzung erfolgte mit der OLS-Methode.

[14]) Vgl. z. B. *Bass* und *Wittink* (1975), *Moriarty* (1975), *McCann* (1974) oder *Johnson* (1972). Beim F-Test wird die Summe der quadrierten Residuen der Querschnittsschätzungen für die einzelnen Reichstagswahlen mit der Quadratsumme der Residuen des kombinierten Längs- und Querschnittmodells verglichen. Bei der Zahl der Beobachtungen ($N = 52$) und Variablen ($K = 6$) kann davon ausgegangen werden, daß bei einem F-Wert von weniger als 2,09 (bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von $\alpha = 5\%$) kein Strukturbruch vorliegt.

Tabelle 3: Wahlergebnisse nach Bezirken, Reichtagswahlen 1930–1933 (Anteile an den gültig abgegebenen Stimmen, in Prozent)

Bezirke	Wahlen	NSDAP %	DNVP %	Weimarer Parteien %	KPD %
1. Ostpreußen	Sept. 30	22,5	19,6	36,9	11,8
	Juli 32	47,1	9,5	28,2	12,9
	Nov. 32	39,7	14,4	28,8	13,9
	März 33	56,5	11,3	22,2	8,7
2. Schlesien	Sept. 30	19,2	11,6	48,7	9,7
	Juli 32	40,9	6,4	39,6	10,7
	Nov. 32	37,2	8,5	39,9	12,1
	März 33	49,2	7,8	34,2	8,1
3. Brandenburg	Sept. 30	17,4	13,4	39,1	21,4
	Juli 32	35,5	8,9	32,8	21,4
	Nov. 32	31,4	12,4	29,8	24,8
	März 33	41,5	11,5	27,4	18,9
4. Pommern	Sept. 30	22,8	20,0	36,1	8,7
	Juli 32	46,9	13,7	28,1	10,3
	Nov. 32	41,0	18,8	26,7	12,0
	März 33	53,5	16,3	22,1	7,5
5. Nordmark	Sept. 30	23,4	5,2	46,6	14,0
	Juli 32	43,5	6,0	35,2	13,7
	Nov. 32	37,4	9,8	33,5	17,1
	März 33	46,7	9,2	29,5	13,8
6. Niedersachsen	Sept. 30	22,3	6,3	50,7	6,2
	Juli 32	44,4	6,7	37,9	8,0
	Nov. 32	38,3	9,6	37,9	10,5
	März 33	47,6	9,4	33,1	7,6
7. Westfalen	Sept. 30	13,0	4,8	55,1	14,2
	Juli 32	26,4	5,2	48,1	16,9
	Nov. 32	23,6	6,7	46,3	19,6
	März 33	34,6	6,7	43,0	13,8
8. Rheinland	Sept. 30	15,9	4,5	50,7	17,5
	Juli 32	26,7	4,8	47,2	19,3
	Nov. 32	23,4	6,3	46,9	21,3
	März 33	34,9	6,7	42,0	15,7
9. Hessen	Sept. 30	20,0	2,7	51,3	10,5
	Juli 32	43,4	3,0	40,9	10,4
	Nov. 32	40,8	4,3	39,0	13,5
	März 33	48,7	4,1	36,3	9,7

(Forts. d. Tab. auf S. 16)

Tab. 3. (Fortsetzung)

Bezirke	Wahlen	NSDAP %	DNVP %	Weimarer Parteien %	KPD %
10. Mitteldeutschland	Sept. 30	19,7	6,3	41,2	16,1
	Juli 32	43,3	6,5	30,2	17,0
	Nov. 32	37,0	11,6	30,0	19,5
	März 33	47,0	11,3	25,8	15,4
11. Sachsen	Sept. 30	18,3	4,5	44,0	15,9
	Juli 32	41,3	4,6	33,0	17,4
	Nov. 32	36,6	6,8	32,8	19,6
	März 33	45,0	6,5	30,5	16,5
12. Bayern	Sept. 30	18,0	2,0	55,7	6,0
	Juli 32	32,9	3,0	50,9	8,3
	Nov. 32	30,5	4,5	49,2	10,3
	März 33	43,0	4,1	43,6	6,3
13. Südwestdeutschland	Sept. 30	15,3	3,4	63,9	9,5
	Juli 32	33,4	3,5	44,2	11,1
	Nov. 32	30,0	4,7	42,5	14,4
	März 33	43,5	4,4	37,4	9,4

Quelle: Statistische Jahrbücher des Deutschen Reiches, 1930–1934.

Hinweis: Der Stimmenanteil der NSDAP plus der DNVP plus der KPD ergibt den Anteil der totalitären Parteien. Der Anteil der Restparteien ergibt sich als 100% minus dem Anteil der totalitären und der Weimarer Parteien.

Aus dieser Tabelle kann entnommen werden, daß die Schätzgleichung einen erheblichen Teil der zeitlichen und regionalen Varianz der Stimmenanteile ($\overline{R}^2$) nachvollzieht. Das $\overline{R}^2$ der Gleichung für die NSDAP beträgt 88,9%, dasjenige des Zentrums gar 97,6%. Mit Ausnahme der DNVP ($\overline{R}^2 = 44{,}7\%$) liegt der Anteil der erklärten Varianz zwischen 56 und 98%. Der Test auf die Frage, ob die Längs- und Querschnittsdaten aus einer gemeinsamen Grundgesamtheit stammen, d. h. ob die geschätzten Paramenter als zeitlich und regional konstant angenommen werden können, kann für beinahe alle Parteien bejaht werden ($F_S < 2.1$). Eine Ausnahme bildet die NSDAP ($F_S = 6{,}1$) und eingeschränkt auch die DVP und die SPD ($F_S = 2{,}7$ und $2{,}5$)[15]. Viele der geschätzten Parameter sind statistisch signifikant, sie weisen einen t-Wert über (absolut) 2,0 auf.

[15]) Bei der relativ knappen Ablehnung der Homogenitätshypothese der Parameter, wie in diesem Fall, kann der Nachteil möglicher Verzerrungen der Schätzungen aufgrund eines Strukturbruchs in den Parametern durch die verbesserte Qualität der Schätzungen infolge der größeren Anzahl Freiheitsgrade kompensiert und damit das Vorgehen gerechtfertigt werden (vgl. *Wallace*, 1972 und *Bass* und *Wittink*, 1975).

Tabelle 4: Einfluß konjunktureller, sozio-demographischer und politischer Faktoren auf den Stimmenanteil einzelner Parteien. Vier Reichstagswahlen in der Weimarer Republik, 1930–1933. (Kombinierte Längsschnitt-Querschnitt-Schätzung).

	Gl.	Partei	Absolutglied	Erklärende Variablen: Arbeitslosenquote %	Wahlbeteiligung %	Anteil d. Katholiken %	Anteil d. landwirt. Beschäft. %	Anteil der Arbeiter %	Teststatistiken: $\bar{R}^2$	F_S
Totalitäre Parteien	(1)	Nationalsozialisten	−28,6	0,59* (12,4) [0,85]	0,35 (1,9) [0,13]	−0,16* (−6,4) [−0,34]	0,58* (8,8) [0,66]	−0,03 (−0,3) [−0,02]	88,9	6,1
	(2)	Deutsch-Nationale Volkspartei	22,4	0,04 (1,0) [0,15]	−0,19 (−1,2) [−0,18]	−0,10* (−4,9) [−0,57]	0,12* (2,1) [0,35]	−0,02 (−0,3) [−0,04]	44,7	0,4
	(3)	Kommunistische Partei	74,1	0,10* (3,7) [0,35]	−0,72* (−7,0) [−0,67]	−0,06* (−4,7) [−0,34]	−0,23* (−6,2) [−0,65]	0,13* (2,4) [0,24]	78,7	0,3
Weimarer Parteien	(4)	Deutsche Volkspartei	1,5	−0,13* (−8,5) [−0,99]	0,10 (1,7) [0,20]	−0,01 (−1,1) [−0,10]	−0,08* (−3,7) [−0,47]	−0,00 (−0,1) [−0,01]	67,7	2,7
	(5)	Zentrum	20,7	0,00 (0,01) [0,00]	−0,20* (−2,3) [−0,07]	0,45* (39,9) [0,97]	−0,05 (−1,7) [−0,06]	−0,05 (−1,0) [−0,03]	97,6	0,9
	(6)	Deutsche Staatspartei	6,6	−0,09* (−6,1) [−0,82]	0,03 (0,6) [0,08]	−0,01 (−1,1) [−0,12]	−0,08 (−3,8) [−0,57]	−0,04 (−1,3) [−0,19]	56,2	1,0
	(7)	Sozialdemokratische Partei	9,8	−0,17* (−4,9) [−0,51]	0,32* (2,3) [0,24]	−0,16* (−8,5) [−0,69]	−0,12* (−2,5) [−0,29]	−0,00 (−0,1) [−0,01]	73,9	2,5

Die Zahlen in runden Klammern geben den t-Wert an. Koeffizienten, die mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5% (zweiseitig) statistisch signifikant sind, sind mit einem Stern bezeichnet ($t \geq 2.0$, $N = 52$). Die Zahlen in eckigen Klammern bezeichnet die β-Koeffizienten. Der β-Koeffizient berechnet sich aus den geschätzten Parametern $\hat{\alpha}_i$, gewichtet mit den Quotienten der Standardabweichung der entsprechenden erklärenden und der abhängigen Variablen: $\beta_i = \frac{S_{xi}}{S_y} \hat{\alpha}_i$. Er gibt das relative Gewicht des Einflusses der jeweiligen Determinanten an.

F_S: Test auf Homogenität der Parameter über die Zeit und die einzelnen Bezirke in der kombinierten Längsschnitt-Querschnitt-Schätzung. In unserem Fall mit 52 Beobachtungen und 6 abhängigen Variablen deutet ein F-Wert über 2.1 ($\alpha = 5\%$) darauf hin, daß ein Strukturbruch vorliegt und die Daten nicht aus einer Grundgesamtheit stammen.

Die empirisch ermittelten Vorzeichen der Paramter entsprechen weitgehend den theoretischen Hypothesen. Dies sei anhand der Diskussion der Schätzgleichungen für die einzelnen Parteien gezeigt:

a) Nationalsozialisten

Aus der Schätzgleichung (1) für die NSDAP wird der hoch-signifikante ($t = 12{,}4$) positive Einfluß steigender Arbeitslosigkeit auf den Stimmenanteil deutlich. Ein Anstieg der Arbeitslosenquote um zehn Prozentpunkte (zeitlich oder regional) ist mit einem um 5,9% Prozentpunkte höheren Stimmenanteil der NSDAP verbunden ($\hat{\alpha}_{ALQ} = 0{,}59$). Gemäß dem β-Koeffizienten (von 0,85) leistet die Arbeitslosenquote den größten Beitrag zur Erklärung des NS-Stimmenanteils. Die Stimmbeteiligung begünstigt hingegen die NS-Parteien nicht signifikant ($t = 1{,}9$). Ein höherer Anteil von Katholiken in einer bestimmten Region bewirkt einen signifikant tieferen ($t = 6{,}4$) nationalsozialistischen Stimmenanteil. Ein höherer Anteil landwirtschaftlich Erwerbstätiger erhöht den der NSDAP zufallenden Stimmenanteil signifikant ($t = 8{,}8$). Gemäß dem β-Koeffizienten (von 0,66) leistet der Faktor einen wichtigen Beitrag zur Erklärung des nationalsozialistischen Stimmenanteils. Diese Einflüße entsprechen alle den aufgestellten theoretischen Hypothesen. Entgegen den Erwartungen führt ein höherer Anteil von Arbeitern in einem Wahlbezirk nicht zu einem signifikant tieferen NS-Stimmenanteil.

b) Deutsch-Nationale Volkspartei

Die Schätzgleichung (2) für die DNVP zeigt, daß die Stimmenabgabe für diese ideologisch mit der NSDAP verwandte Partei ähnlichen Einflüßen unterlegen hat wie die soeben für die NSDAP geschilderten. Sie hat allerdings nicht signifikant von zunehmender Arbeitslosigkeit profitiert ($t = 1{,}0$). In Kreisen mit einem hohen Katholikenanteil ist der Stimmenanteil der DNVP signifikant tiefer ($t = -4{,}9$). Dieser Einfluß ist größenmässig am bedeutsamsten ($\beta = -0{,}57$). Die DNVP wurde traditionell wesentlich von der Landbevölkerung unterstützt ($t = 2{,}1$).

c) Kommunistische Partei

Die KPD hat gemäß Schätzgleichung (3) von der Arbeitslosigkeit signifikant profitiert ($t = 3{,}7$), wenn auch der entsprechende Parameter von 0.1 einen quantitativ nur geringen Einfluß auf den Stimmenanteil zeigt. Eine zunehmende Wahlbeteiligung hat hingegen der KPD signifikant ($t = -7{,}0$) und quantitativ erheblich ($\hat{\alpha} = -0{,}72$) geschadet. Es kann vermutet werden, daß die Stammwähler der KPD regelmäßig zur Wahl gingen, so daß eine *höhere* Beteiligung vor allem anderen Parteien zugutekam, der kommunistische Stimmen*anteil* also sank. Den theoretischen Erwartungen entspricht auch, daß diese Partei in Kreisen mit einem großen Arbeiteranteil einen signifikant höheren Stimmenanteil

verbucht. Der Anteil der Katholiken und der landwirtschaftlich Erwerbstätigen, sowie die Wahlbeteiligung, leisten den größten Beitrag zur Erklärung des Stimmenanteils.

d) Die einzelnen Parteien der Weimarer-Koalition

Die *Deutsche Volkspartei* ist gemäß Schätzgleichung (4) vor allem negativ durch steigende Arbeitslosigkeit betroffen worden ($t = -8{,}5$). In Wahlkreisen mit höherem Agrarieranteil war ihr Stimmanteil signifikant tiefer ($= -3{,}7$). Das (katholische) *Zentrum* erhielt – entsprechend der theoretischen Hypothese – seine Stimmen vor allem von den katholischen Wählern ($t = 39{,}9$!). Dieser Faktor leistet den bei weitem größten Beitrag zur Erklärung des Stimmenanteils ($\beta = 0{,}97$). Eine höhere Wahlbeteiligung führte hingegen zu signifikanten Stimmenanteilsverlusten ($t = -2{,}3$).

Die *Deutsche Staatspartei* – Schätzgleichung (6) – verlor relativ an Stimmen, je höher die Arbeitslosenquote war ($t = -6{,}1$). In Kreisen mit einem hohen Anteil landwirtschaftlich Beschäftigter war ihr Stimmenanteil ebenfalls signifikant tiefer ($= -3{,}8$).

Gemäß Schätzgleichung (7) wurde die *Sozialdemokratische Partei* von den Wählern für die Verschärfung der Wirtschaftskrise verantwortlich gemacht: Je höher die Arbeitslosenquote, desto geringer ihr Stimmenanteil ($t = -4{,}9$). Die SPD konnte – ungleich den anderen (kleinen) Parteien der Weimarer-Koalition – stark von einer höheren Stimmbeteiligung profitieren ($t = 2{,}3$): Bei einer um 10 Prozentpunkte höheren Beteiligung stieg ihr Stimmenanteil um 3,2 Prozentpunkte ($\hat{\alpha}_{WB} = 0{,}32$). Wie erwartet, ist der Stimmenanteil der SPD in Bezirken mit hohem Katholikenanteil und hohem Bauernanteil ceteris paribus geringer. In der betrachteten Periode hat ein höherer Arbeiteranteil in der Bevölkerung keinen Einfluß auf den sozialdemokratischen Stimmenanteil ausgeübt.

2. Vertiefte Analyse des Stimmenanteils der Nationalsozialisten

In dieser Arbeit sollen vor allem diejenigen Faktoren quantitativ erfaßt werden, die den Stimmenanteil der *NSDAP* beeinflußt haben. Schätzgleichung (1) in Tab. 4 weist einen F_S-Wert von über 2,1 auf, so daß mit hoher Wahrscheinlichkeit die Parameter zeitlich und räumlich nicht als konstant unterstellt werden können. Berechnungen (die hier aus Raumgründen nicht explizit wiedergegeben werden) legen nahe, daß der Katholikenanteil der entscheidende Faktor ist, der zu einem hohen F_S-Wert von 6,1 in Gleichung (1) (und ähnlich spezifizierten Gleichungen) führt. Wird Gleichung (1) *ohne* den Katholikenanteil unter den erklärenden Variablen geschätzt, fällt F_S auf 2,1, so daß von einer gemeinsamen zeitlich-räumlichen Grundgesamtheit ausgegangen werden kann. Die entsprechende Gleichung (8) ist in Tab. 5 aufgeführt.

Ein Vergleich von Schätzgleichung (1) von Tab. 4 mit Gleichung (8) zeigt, daß die verbleibenden Variablen noch immer einen erheblichen Teil der Varianz des Stimmenanteils der NSDAP erklären können ($\bar{R}^2 = 78{,}9\%$) und daß insbesondere die wichtigste Determinante (gemäß dem β-Koeffizienten), die Arbeitslo-

Tabelle 5: Stimmenanteil der NSDAP an den Reichstagswahlen 1930–1933. Unterschiedliche Spezifikationen (Längsschnitt-Querschnitt-Schätzungen)

Gl.	Spezifikation	Absolutglied	Erklärende Variablen: Arbeitslosenquote %	Wahlbeteiligung %	Anteil d. Katholiken %	Anteil d. landw. Beschäft. %	Anteil der Arbeiter %	Teststatistiken $\bar{R}^2$	F_S
(8)	ohne Katholikenanteil	–58,0	0,52* (8,3) [0,75]	0,73* (3,1) [0,28]	–	0,55* (6,1) [0,63]	–0,12 (–0,9) [–0,09]	78,9	2,1
(9)	ohne Wahlbezirke Ostpreußen	–22,5	0,57* (13,4) [0,84]	0,40* (2,2) [0,14]	–0,14* (–5,8) [–0,32]	0,45* (5,0) [0,47]	–0,18 (–1,4) [–0,14]	90,0	3,8
(10)	ohne Ostpreußen (Sept. 1930, Juli 1932) und Pommern (Sept. 1930)	–22,9	0,56* (14,3) [0,78]	0,35* (2,3) [0,13]	–0,16* (–8,0) [–0,36]	0,56* (9,0) [0,60]	–0,12 (–1,2) [–0,08]	92,6	3,3

Erläuterungen: Siehe Tab. 4

senquote, beinahe unverändert bleibt ($\hat{\alpha}_{ALQ} = 0{,}52$ gegenüber $\hat{\alpha}_{ALQ} = 0{,}58$) und statistisch ebenfalls hoch signifikant ist ($t = 8{,}3$). Bemerkenswert ist, daß die Wahlbeteiligung nun einen statistisch signifikant positiven Einfluß ($t = 3{,}1$) auf den NS-Stimmenanteil ausübt.

Der Ausschluß des Katholikenanteils aus den erklärenden Variablen ist jedoch fragwürdig, weil der entsprechende Parameter in allen Schätzgleichungen für den Stimmenanteil der NSDAP statistisch signifikant ist. Eine Betrachtung der Residuen von Schätzgleichungen (1) und (8) zeigt, daß die Wahlbezirke mit geringem Katholikenanteil – insbesondere Ostpreußen mit 15,1% und Pommern mit 3,6% – ausgeprägte „Ausreißer" aufweisen. Gleichung (9) in Tab. 5 zeigt die entsprechende Schätzung für den nationalsozialistischen Stimmenanteil *ohne* den Wahlkreis Ostpreußen. Das $\bar{R}^2$ ist mit 90,9% sehr hoch und alle Variablen (wie bisher mit Ausnahme des Anteils der Arbeiter) bleiben statistisch signifikant. Wesentlich ist wiederum, daß sich die Parametergrößen nur wenig verändern und daß insbesondere der Koeffizient für die Arbeitslosenquote etwa gleich groß wie in den Gleichungen (1) und (8) ist ($\hat{\alpha}_{ALQ} = 0{,}57$). Der F_S-Wert bleibt mit 3,8 allerdings so hoch, daß nicht mit Sicherheit von konstanten Parametern ausgegangen werden kann.

Eine andere Möglichkeit besteht darin, nur die offensichtlichen „Ausreißer" zu eliminieren. In Gleichung (10) von Tab. 5 wird die Beziehung ohne die Beobachtungen für Ostpreußen (Wahlen Sept. 1930 und Juli 1931) und Pommern (Sept. 1930) geschätzt. Der Anteil der erklärten Varianz $\overline{R}^2$ ist wiederum hoch (92,6%) und die Parameter und die Signifikanz bleiben gegenüber den vorhergehenden Schätzgleichungen für den Stimmenanteil der NSDAP beinahe unverändert. Der F_5-Wert liegt mit 3,3 zwar tiefer als bei Gleichungen (1) und (10), befindet sich aber immer noch oberhalb des theoretischen Schwellenwertes, der mit hoher Wahrscheinlichkeit Parameterkonstanz anzeigt.

Der in den Schätzgleichungen (9) und (10) durchgeführte Ausschluß von Beobachtungen ist wiederum fragwürdig, denn durch geeignete Elimination „unpassender" Beobachtungen könnte im Extremfall jede Gleichung akzeptabel gemacht werden. Es muß zwischen zwei Übeln abgewogen werden, dem Ausschluß einer signifikanten Variablen (wie in Gleichung (8)) oder dem Ausschluß bestimmter Beobachtungen (wie in Gleichungen (9) und (10)). Der Versuch mit beiden Verfahren hat das wichtige Ergebnis geliefert, daß die geschätzten Koeffizienten gegenüber Veränderungen relativ *robust* sind. Insbesondere hat sich der Einfluß der *Arbeitslosenquote* auf den Stimmenanteil der NSDAP kaum verändert. Die Schätzungen von $\hat{\alpha}_{ALQ}$ liegen zwischen 0,52 und 0,59, d. h. eine zehnprozentige Erhöhung der Arbeitslosenquote hat nach dieser Schätzung ceteris paribus den marginalen Stimmenanteil der NS-Partei um zwischen 5,2% und 5,9% erhöht.

3. Stimmenanteile der Parteigruppen

Tabelle 6 zeigt den Stimmenanteil der drei großen Parteigruppierungen: totalitäre Parteien, Weimarer-Parteien und Restparteien. Die Stimmenanteile dieser Parteigruppierungen addieren sich zu 100% (vgl. entsprechend die Absolutglieder) und deshalb müssen sich auch die Einflüsse der erklärenden Variablen kompensieren[16]).

Die Schätzgleichungen (11) – (13) erklären (in statistischem Sinne) zwischen 77% und 85% der gesamten Varianz, und die niederen F_5-Werte deuten darauf hin, daß die Daten der kombinierten Längs- und Querschnittsanalyse mit hoher Wahrscheinlichkeit als Stichprobe aus *einer* Grundgesamtheit aufgefaßt werden können. Da der Anteil der Arbeiter auf den Stimmenanteil keiner Parteigruppierung einen signifikanten Einfluß hat, ist diese Variable nicht in die Schätzgleichung aufgenommen worden. *Alle* Parameter (mit Ausnahme der Wahlbeteiligung bei den Weimarer Parteien) in Tab. 6 sind mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5% statistisch signifikant.

a) Die bis Mitte 1932 steigende *Arbeitslosigkeit* hat die totalitären Parteien *wesentlich* begünstigt. Die entsprechenden Stimmenverluste verteilen sich etwa zur Hälfte auf die Weimarer-Parteien und die Restparteien. Bei den Wahlen vom

---

[16]) Das gleiche gilt auch für Tab. 4, wenn die unter „Restparteien" zusammengefaßten Splitterparteien hinzugezählt werden.

Tabelle 6: Bestimmungsfaktoren des Stimmenanteils der totalitären, der Weimarer- und der Restparteien. Vier Reichstagswahlen in der Weimarer Republik, 1930–1933. (Kombinierte Längsschnitt-Querschnitt-Schätzung)

Gl.	Parteigruppierung	Absolutglied	Erklärende Variablen: Arbeitslosenquote %	Wahlbeteiligung %	Anteil der Katholiken %	Anteil der landwirtsch. Beschäftigten %	Teststatistiken: $\bar{R}^2$	F_S
(11)	Totalitäre Parteien	71,7	0,73* (11,5) [0,92]	–0,56* (–2,3) [–0,28]	–0,32* (–10,0) [–0,61]	0,43* (6,7) [0,43]	84,5	1,4
(12)	Weimarer Parteien	34,3	–0,39* (–8,1) [–0,69]	0,24 (1,3) [0,11]	0,28* (11,4) [0,74]	–0,29* (–5,9) [–0,41]	82,2	1,6
(13)	Restparteien	–6,0	–0,34* (–11,4) [–1,11]	0,32* (2,7) [0,27]	0,04* (2,7) [0,20]	–0,14* (–4,6) [–0,36]	77,2	2,1

Erläuterungen: Siehe Tab. 4.
Totalitäre Parteien: NSDAP, DNVP und KPD. Weimarer Parteien: DVP, Zentrum (und Bayrische VP), Dt. Staatspartei und SPD. Restparteien: Wirtschaftspartei, Deutsches Landvolk, Deutsche Hannoveranische Partei u. a. (entspricht 100% minus totalitäre und Weimarer Parteien)

November 1932 haben die totalitären Parteien infolge der fallenden Arbeitslosigkeit (ceteris paribus) entsprechende Stimmenverluste erlitten. Umgekehrt erfuhren die totalitären Parteien 1933 infolge der wieder zunehmenden Arbeitslosigkeit einen Stimmenzuwachs. Für alle drei Parteigruppierungen leistet die Wirtschaftskrise den wichtigsten (im Falle der Weimarer-Parteien den zweitwichtigsten) Beitrag zur Erklärung der Stimmenanteile.

b) Eine zunehmende *Wahlbeteiligung* hat den Stimmenanteil der totalitären Parteien vermindert und denjenigen der beiden anderen Parteigruppierungen erhöht. Dieses Ergebnis widerspricht den theoretischen Erwartungen. Der positive Einfluß der Wahlbeteiligung ist aber durchaus erklärbar: Die Anhänger der totalitären Parteien waren genügend motiviert, immer an Wahlen teilzunehmen. Werden zusätzliche Wähler aus der Schicht der politisch eher Indifferenten mobilisiert, nimmt der Anteil derjenigen zu, die eine nicht-extreme Partei bevorzugen.

c) Je höher der Anteil der *Katholiken* in einem Wahlkreis, desto geringer ist der Stimmenanteil der totalitären Parteien. Die Stimmen der katholischen Wähler kommen vor allem den Weimarer-Parteien (und etwas weniger auch den Restparteien) zugute.

d) In Wahlkreisen mit einem hohen Anteil *landwirtschaftlich Beschäftigter* haben die totalitären Parteien einen (ceteris paribus) höheren, die Weimarer- und die Restparteien einen tieferen Stimmenanteil erhalten.

V. Abschließende Bemerkungen

Die aufgestellten Hypothesen haben sich insgesamt weitgehend bestätigt. Die *Wirtschaftskrise*, erfaßt durch die Arbeitslosenquote, hat einen *dominanten Einfluß* auf den Stimmenanteil der verschiedenen Parteien und Parteigruppierungen in den Reichtagswahlen. Die im Titel gestellte Frage läßt sich nun beantworten. Es spricht viel dafür, daß die zunehmene Arbeitslosigkeit den Aufstieg des Nationalsozialismus und das Ende der Weimarer Demokratie wesentlich mitbewirkt hat: Der Stimmenanteil der demokratiefeindlichen totalitären Parteien hat sich aufgrund der Arbeitslosigkeit stark erhöht, und der Stimmenanteil der die Weimarer Republik stützenden Parteien hat sich stark vermindert.

Aufgrund der Schätzungen läßt sich der hypothetische Stimmenanteil errechnen, den die Nationalsozialisten erreicht hätten, wenn sich die Wirtschaftskrise nach 1930 nicht noch weiter verschärft hätte. Aus den Schätzungen (1) und (8)–(10) kann entnommen werden, daß bei einer Erhöhung der Arbeitslosenquote um einen Prozentpunkt der Stimmenanteil der NSDAP um etwa 0,56 Prozentpunkte zugenommen hat (α_{ALQ}^{NSDAP} liegt zwischen 0,52 und 0,59). Zwischen der Wahl vom September 1930 und der Wahl vom Juli 1932 ist die Arbeitslosenquote im Reichsdurchschnitt um 27,9% gestiegen (von 14,4% auf 42,3%, vgl. Tab. B im Anhang). Ceteris paribus hat somit die steigende Arbeitslosigkeit den Stimmenanteil der NSDAP um 0,56 × 27,9% = 15,6% erhöht. Bei unveränderter Wirtschaftslage (d. h. einer Arbeitslosenquote von 14,4%) hätte der nationalsozialistische Stimmenanteil bei der Reichstagswahl vom Juli 1932 somit rund 22% und nicht 37,3% betragen. Auf analoge Weise läßt sich der hypothetische NS-Stimmenanteil für die zwei anderen Wahlen berechnen. Insgesamt ergibt sich folgender Vergleich:

		Sept. 1930	Juli 1932	Nov. 1932	März 1933
National-sozialistischer Stimmenanteil	tatsächlich	18,3%	37,3%	33,1%	43,9%
	hypothetisch (ohne Verschärfung der Wirtschaftskrise nach 1930)	18,3%	22%	19%	23%

Aus diesem Vergleich geht hervor, daß der spektakuläre Anstieg der NSDAP in den 30er Jahren hauptsächlich auf die hohe Arbeitslosigkeit zurückgeht. Ihr Stimmenanteil hätte 23% nicht überschritten. Auch der hohe Stimmenanteil der NSDAP von 43,9% im März 1933 geht wesentlich auf die Zunahme der Arbeitslosigkeit auf 52,4% (Januar 1933) zurück und – nach den zugrundegelegten Berechnungen – weniger auf die Tatsache, daß die Wähler den Reichskanzler Hitler besonders unterstützt hätten oder sich durch die Terrormaßnahmen der NSDAP besonders hätten beeindrucken lassen.

Ähnliche Überlegungen lassen sich für den Stimmenanteil der totalitären, die Weimarer Republik ablehnenden Parteien durchführen. Eine einprozentige

Erhöhung der Arbeitslosenquote bewirkt – nach Gleichung (11) –, daß der Stimmenanteil der totalitären Parteien um 0,73 zunimmt ($\hat{\alpha}_{ALQ}^{\text{Totalitäre P.}} = 0{,}73$).

Auf dieser Grundlage ergibt sich folgende Entwicklung des hypothetischen und tatsächlichen Stimmenanteils bei den vier Wahlen:

		Sept. 1930	Juli 1932	Nov. 1932	März 1933
Stimmenanteil der totalitären Parteien (NSDAP, DNVP, KPD)	tatsächlich	38,4%	57,5%	58,5%	64,2%
	hypothetisch (ohne Verschärfung der Wirtschaftskrise nach 1930)	38,4%	37%	40%	36%

Ohne verschärfte Wirtschaftskrise – d. h. bei gleicher Arbeitslosigkeit wie 1930 – hätte der Stimmenanteil der demokratiefeindlichen Parteien 40% nicht überschritten. Nach dieser Berechnung hätten die totalitären Parteien nie eine Mehrheit der Stimmbürger für sich gewinnen können, wenn nicht die Wirtschaftskrise die Bürger verunsichert und in die Arme der extremen Parteien von rechts und links getrieben hätte.

Die Konjunktur ist zwar ein bedeutender, nicht aber der einzige Faktor, der den Wahlausgang in der Weimarer Republik beeinflußt hat. Auch die *sozio-demographischen Einflüße* sind wichtig. Die aus der Literatur entnommenen Hypothesen werden bestätigt: Je höher der Anteil der *katholischen Bevölkerung* in einem Wahlkreis ist, desto höher ist der Stimmenanteil der Weimarer Parteien, vor allem des Zentrums. Der Stimmenanteil der totalitären Parteien ist hingegen signifikant tiefer. In Kreisen mit überwiegend *landwirtschaftlicher* Bevölkerung ist der Stimmenanteil der Nationalsozialisten und der DNVP besonders hoch und derjenige der kommunistischen Parteien und der SPD besonders tief. Ein hoher *Arbeiteranteil* hat die KPD begünstigt.

Entgegen den Erwartungen ist eine höhere *Stimmbeteiligung* vor allem dem Zentrum und der SPD (nicht den Weimarer-Parteien insgesamt) und den kleinen Restparteien zugutegekommen. Insbesondere die kommunistische Partei konnte darauf zählen, daß ihre Sympatisanten auf jeden Fall zur Urne gehen. Das Zentrum und die SPD waren hingegen auf eine Mobilisierung von Wählern angewiesen, die in gewöhnlichen Zeiten nicht zur Wahl gehen.

Die von Kaltefleiter auf Plausibilitätsargumenten und Vermutungen abgestützten Ergebnisse bestätigen sich im wesentlichen sowohl hinsichtlich der NSDAP als auch der KPD. Die hier verwendeten Methoden haben die Mängel der Analyse von Kaltefleiter überwunden: Die theoretischen Hypothesen werden anhand von statistischen Beurteilungskriterien wie t- und F-Statistik und $\overline{R}^2$ formal getestet und ihr relativer Beitrag zur Erklärung (mit Hilfe des Koeffizienten) ermittelt, und es werden quantitative Zusammenhänge zwischen erklärten und erklärenden Variablen hergestellt. Die Verwendung multipler Regressionen

erlaubt, auf eine mehr oder weniger willkürliche Auswahl der zu vergleichenden Bezirke zu verzichten: Die konjunkturellen, politischen und sozio-demographischen Faktoren können simulan betrachtet und konstant gehalten werden, und schließlich wird die Querschnitts- mit der Längsschnittsanalyse verbunden.

Einige der in der Literatur zu findenden und in der Einleitung genannten Hypothesen können verworfen werden. Es kann nicht länger behauptet werden, die Arbeitslosigkeit habe keinen wesentlichen Einfluß auf den Niedergang der Weimarer Republik gehabt (vgl.dazu Bundeszentrale für politische Bildung 1978, S. 17). Unsere Analyse sagt nichts darüber aus, ob die der NSDAP und den anderen totalitären Parteien zufallenden Stimmen von den Arbeitslosen kamen, aber es ist gezeigt worden, daß ein unmittelbarer und quantitativ bedeutender Zusammenhang zwischen der Höhe der Arbeitslosigkeit und den totalitären Parteien (insbesondere der NSDAP) zufallenden Stimmen besteht.

Anhand von Popularitäts- und Wahlfunktionen ist empirisch gezeigt worden, daß die Arbeitslosigkeit den prinzipiell *gleichen* Einfluß auf die Regierungspartei in repräsentativen Demokratien der Nachkriegszeit ausübt. Der Stimmenverlust der die Weimarer Republik vertretenden Parteien und der Stimmengewinn der totalitären Parteien infolge der Wirtschaftskrise kann somit als „normales" Ereignis angesehen werden, es spiegelt nicht notwendigerweise eine spezielle Situation der Weimarer Republik wieder.

Wie in der Einleitung angedeutet, kann die zyklische Entwicklung der Stimmenanteile der verschiedenen Parteien (insbesondere die Zunahme, Abnahme und erneute Zunahme der NSDAP) nur mit *zyklischen*, nicht aber strukturellen Faktoren erklärt werden. In dieser Arbeit wird gezeigt, daß die konjunkturell variierende Arbeitslosigkeit einen derartigen zyklischen Faktor darstellt, der die Entwicklung der Stimmenanteile statistisch signifikant beeinflußt. Daraus ist zu schließen, daß die langfristigen strukturellen Einflüße – wie die Mängel der Weimarer Verfassung, die Last der Versailler Verträge, aber auch die sozio-demographischen Faktoren – als *intermediäre* Determinanten für die kurzfristigen Stimmenverschiebungen angesehen werden sollten. Die historische Forschung sollte somit vermehrt zu erklären versuchen, *in welcher Weise* die strukturellen Faktoren darauf hingewirkt haben, daß die durch die Wirtschaftskrise betroffenen oder verängstigten Personen totalitäre Parteien gewählt haben. Dazu gehört auch die Frage, warum diese Wähler sich vor allem für eine rechts- und nicht eine linksextreme Partei entschieden haben. Der gewählte politometrische Ansatz zur Untersuchung der vier letzten Wahlen der Weimarer Republik weist einige Mängel auf, vor allem, weil nicht alle gewünschten Daten zur Verfügung stehen. Insbesondere läßt sich nicht erfassen, inwieweit die Geldausgaben für politische Propaganda den Wahlausgang beeinflußt haben. Falls die Daten verfügbar werden, könnte die Analyse in eine interessante Richtung fortentwikkelt werden[17]).

---

[17]) Im Rahmen von Wahlfunktionen konnte für die Vereinigten Staaten und Kanada in der Nachkriegszeit ein statistisch signifikanter Einfluß der Geldausgaben für politische Propaganda festgestellt werden. Vgl. z. B. *Palda* (1973, 1975) und *Welch* (1976).

Die Politometrie ist nur *einer* von vielen möglichen und sinnvollen Ansätzen zur Untersuchung eines historischen Zeitabschnitts. Die verwendete Methode der multiplen Regression auf Grundlage kombinierter Längs- und Querschnittsdaten erlaubt einen Zugang zu bisher in der historischen Forschung wenig behandelten Aspekten. Sie ist kein Ersatz für eine detaillierte Analyse der Zusammenhänge mit dem traditionellen geschichtswissenschaftlichen Instrumentarium. Sie bildet vielmehr eine sinnvolle Ergänzung[18]), die mithelfen kann, die Zusammenhänge besser zu erfassen und eine Vorstellung über die quantitativen Größenordnungen zu erhalten.

Anhang

Tabelle A: Stimmanteile und Sitze bei den Reichstagswahlen, 1930 – 1933

Parteien		14. Sept. 1930 Stimmen (%)	Sitze	31. Juli[1]) 1932 Stimmen (%)	Sitze	6. Nov. 1932 Stimmen (%)	Sitze	5. März 1933 Stimmen (%)	Sitze
	NSDAP	18,3	107	37,3	230	33,1	196	43,9	288
	DNVP	7,0	41	5,9	37	8,5	52	8,0	52
	DVP	4,5	30	1,2	7	1,9	11	1,1	2
	Z	14,8	87	15,7	99	15,0	90	14,0	92
	DStP	3,8	20	1,0	4	1,0	2	0,8	–
	SPD	24,5	143	21,6	133	20,4	121	18,3	125
	KPD	13,1	77	14,3	89	16,9	100	12,3	81
Totalitäre Parteien	NSDAP DNVP KPD	38,4	225	57,5	356	58,5	348	64,2	421
Weimarer Parteien	DVP Z DStP SPD	47,6	280	39,5	243	38,3	224	34,2	219
Restparteien*		14,0	62	3,0	9	3,2	12	1,6	7

[1]) Ohne Aufteilung der auf die „anderen Parteien" entfallenen Stimmen. Vgl. Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reiches 1932, S. 542/543.

NSDAP Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
DNVP Deutsch-Nationale Volkspartei
DVP Deutsche Volkspartei
Z Zentrum und Bayrische Volkspartei
DStP Deutsche Staatspartei
SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands
KPD Kommunistische Partei Deutschlands

* Restparteien Wirtschaftspartei, Deutsches Landvolk, Deutsche Hannoveranische Partei u. a.

[18]) Ebensowenig kann und will die „Neue Wirtschaftsgeschichte" die herkömmliche Geschichtswissenschaft ersetzen. Vgl. z. B. *Temin* (1973), *Stolz* (1977), *Siegenthaler* (1978).

Tabelle B: Wirtschaftliche Entwicklung in der Weimarer Republik, 1930–1933

	1930				1931				1932				1933			
	Jan.	Apr.	Juli	Okt.	Jan.	Apr.	Juli	Okt.	Jan.	Apr.	Juli	Okt.	Jan.	Apr.	Juli	Okt.
Volkseinkommen (real, Kaufkraft 1928, Mill. RM)			72 320				64 142				56 795				59 428	
Zahl der Arbeitslosen in 1 000			3 075,5				4 519,7				5 602,7				4 804,4	
Arbeitslosenquote in %	17,5	14,6	14,4	17,4	35,0	29,4	26,6	33,1	50,0	45,8	42,3	39,6	52,4	41,9	33,2	26,6

Quelle: Statistische Jahrbücher des Deutschen Reiches, 1930–1934, und eigene Berechnungen (vgl. Tab. 1).

Tabelle C: Arbeitsmarktbezirke und Wahlbezirke

Nr.	Landesarbeitsamts-bezirke (Erfassung der Arbeitslosen)	Landbezirke (Erfassung der konstanten Variablen)	Wahlbezirke (Erfassung der Wahldaten)
1.	Ostpreußen	Ostpreußen	Ostpreußen
2.	Schlesien	Oberschlesien Niederschlesien	Breslau Liegnitz
3.	Brandenburg	Berlin Grenzmark Posen-Westpreußen Brandenburg	Berlin Potsdam I/II Frankfurt an der Oder
4.	Pommern	Pommern Mecklenburg-Strelitz	Pommern Mecklenburg
5.	Nordmark	Lübeck/Hamburg Schleswig-Holstein Mecklenburg-Schwerin	Schleswig-Holstein Hamburg
6.	Niedersachsen	Hannover/Bremen Oldenburg Braunschweig Schaumburg-Lippe	Weser-Ems Ost-/Südhannover Braunschweig
7.	Westfalen	Westfalen Lippe	Westfalen-Nord Westfalen-Süd
8.	Rheinland	Rheinprovinz	Köln-Aachen Koblenz-Trier Düsseldorf-Ost/West
9.	Hessen	Hessen Hessen-Nassau	Hessen-Darmstadt Hessen-Nassau
10.	Mitteldeutschland	Provinz Sachsen Thüringen Anhalt	Thüringen Magdeburg Merseburg
11.	Sachsen	Sachsen	Dresden-Bautzen Leibzig Chemnitz-Zwickau
12.	Bayern (einschl. Pfalz)	Bayern	Oberbayern-Schwaben Niederbayern-Oberpfalz Franken Pfalz
13.	Südwestdeutschland	Württemberg Baden Hohenzollern	Württemberg Baden

Quelle: Preller, L., Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Athenäum-TB/Duisburg, 1978, S. 375.

Literatur

Bass, F. M. und *Wittink, D. R.* (1975), Pooling Issues and Methods in Regression Analysis with Examples in Marketing Research. Journal of Marketing Research 12.

Bendix, Reinhard (1952), Social Stratification and Political Power. American Political Science Review 46.

Borchardt, Knut (1975), Wachstum und Wechsellagen 1914–1970. In: Aubin, H. und Zorn, W. (Hrsg.), Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte Band II, Stuttgart.

Borchardt, Knut (1979), Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre: Zur Revision des überlieferten Geschichtsbildes. Bayerische Akademie der Wissenschaften: Jahrbuch 1979, Beck, München.

Bracher, Karl Dietrich, Sauer, Wolfgang und *Schulz, Gerhard* (1962), Die Nationalsozialistische Machtergreifung. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen.

Bracher, Karl Dietrich, (1964), Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie. Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft. Ring Verlag, Villingen, 4. Auflage.

Bundeszentrale für politische Bildung (1978), Der Nationalsozialismus. Informationen zur Politischen Bildung 123/126/127. Bonn.

Conze, Werner und *Raupach, Hans* (1967) (Hrsg.), Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches 1929/33. Klett, Stuttgart.

Fischer, Wolfram (1968), Deutsche Wirtschaftspolitik 1918–1945. Leske, Opladen.

Frey, Bruno S. (1977), Moderne Politische Ökonomie. Piper, München.

Frey, Bruno S. (1980), The Public Choice Approach to the Explanation of Collective Consumption. Specialist's Conference of the International Economic Association in Cambridge, U. K. Macmillan, London.

Frey, Bruno S. und *Schneider, Friedrich* (1979), Economic Conditions and Government Popularity in Germany and the United States. In: Paul Whitley (ed.), Models of Political Economy. Sage, Beverly Hills und London.

Friedrich, Carl J. (1937), The Agricultural Basis of Emotional Nationalism, Public Opinion Quarterly 1.

Heberle, Rudolf (1963), Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918–1932. Stuttgart.

Heiber, Helmut (1966), Die Republik von Weimar. dtv, München.

Helbich, Wolfgang J. (1968), Die Bedeutung der Reparationsfrage für die Wirtschaftspolitik der Regierung Brüning. In: Jasper, Gotthard (1968), 72–98.

Hentschel, V. (1978), Weimars letzte Monate. Hitler und der Untergang der Republik. Düsseldorf.

Hermens, Ferdinand A. (1964), Verfassungslehre. Frankfurt.

Jasper, Gotthard (Hrsg.) (1968), Von Weimar zu Hitler, 1930–1933. Neue Wissenschaftliche Bibliothek. Kiepenheuer und Witsch, Köln und Berlin.

Johnston, J. (1972), Econometric Methods. 3rd. edition, McGraw-Hill, London.

Kaltefleiter, Werner (1966), Wirtschaft und Politik in Deutschland: Konjunktur als Bestimmungsfaktor des Parteiensystems. Westdeutscher Verlag, Köln, Opladen.

Keese, Dietmar (1967), Die volkswirtschaftlichen Gesamtgrößen für das Deutsche Reich 1925–1936. In: Werner Conze und Hans Raupach (Hrsg.), 35–81.

Kirchgässner, Gebhard (1976), Rationales Wählerverhalten und optimales Regierungsverhalten. Dissertation, Universität Konstanz.

Korsch, Andreas (1976), Der Stand der beschäftigungspolitischen Diskussion zur Zeit der Weltwirtschaftskrise in Deutschland. In: Bombach, Gottfried, Ramser, Hans-Jürgen, Timmermann, Manfred und Wittmann, Walter (Hrsg.), Der Keynesianismus I. Springer, Berlin, 9–132.

Krohn, Claus-Dieter (1974), Stabilisierung und ökonomische Interessen. Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches 1923–27. Westdeutscher Verlag, Opladen.

Lipset, Seymour M. (1968), Nationalsozialismus – ein Faschismus der Mitte. In: Jasper, Gotthard (1968), 101–123.

Loomis, Charles P. and *Beagle, Allen J.* (1946), The Spread of German Nazism in Rural Areas. American Sociological Review II.

McCann, J. M. (1974), Study of Market Segment Response to the Marketing Decision Variables. Journal of Marketing Research Vol. II.

Mellen, Sidney L. W. (1943), The German People and the Postwar World. A Study Based on Election Statistics, 1871–1933. American Political Science Review 37.

Milatz, Alfred (1965), Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Heft 66. Bonn.

Moriarty, M. (1975), Cross-Sectional, Time-Series Issues in the Analysis of Marketing Decision Variables. Journal of Marketing Research 12.

Palda, Kristian S. (1973), Does Advertising Influence Votes? An Analysis of the 1966 and 1970 Quebec Elections. Canadian Journal of Political Science 6.

Palda, Kristian S. (1975), The Effect of Expenditure on Political Success. Journal of Law and Economics 18.

Petzina, Dietmar (1977), Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit. Wiesbaden.

Pollock, James K. (1944), An Areal Study of the German Electorate, 1930–1933. American Political Science Review 38.

Pommerehne, Werner W. und *Frey, Bruno S.* (1979), (Hrsg.), Ökonomische Theorie der Politik. Springer, Berlin.

Preller, Ludwig (1978), Sozialpolitik in der Weimarer Republik. Duisburg, Athenäum-TB Verlag.

Sanmann, Horst (1965), Daten und Alternativen der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik der Aera Brüning. Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 10.

Schneider, Friedrich (1978), Politisch-ökonomische Modelle – Ein theoretischer und empirischer Ansatz. Hain, Königstein.

Shively, Phillips W. (1972), Party Identification, Party Choice, and Voting Stability: The Weimar Case. American Political Science Review 66.

Siegenthaler, Hansjörg (1978), Kapitalbildung und sozialer Wandel in der Schweiz 1850–1914. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 193.

Stoltenberg, Gerhard (1962), Politische Strömungen im Schleswig-Holsteinischen Landvolk 1918–1933. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Nr. 24, Düsseldorf.

Stolz, Peter (1977), Basler Wirtschaft in vor- und frühindustrieller Zeit. Ökonomische Theorie und Wirtschaftsgeschichte im Dialog. Schulthess Polygraphischer Verlag, Zürich.

Striefler, Heinrich (1946), Deutsche Wahlen in Bildern und Zahlen. Wende Verlag, Düsseldorf.

Temin, Peter (ed.) (1973), New Economic History. Selected Readings. Penguin, Harmondsworth.

Vierhaus, Rudolf (1967), Auswirkungen der Krise um 1930 in Deutschland. Beiträge zu einer historisch-soziologischen Analyse. In: Conze, Werner und Raupach, Hans (1967), 155–175.

Wallace, T. D. (1972), Weaker Criteria and Tests for Linear Restrictions in Regression. Econometrica 40.

Welch, William P. (1976), The Effectiveness of Expenditures in State Legislation Races. American Politics Quarterly 4.

Zusammenfassung

Der Einfluß konjunktureller, sozio-demographischer und politischer Faktoren auf die vier Weimarer Reichtstagswahlen 1930–1933 wird mit Hilfe einer kombinierten Querschnitts-/Längsschnittanalyse untersucht. Der Stimmenanteil der NSDAP ist (ceteris paribus) umso höher, je höher die Arbeitslosenquote, je geringer der Anteil der Katholiken, und je höher derjenige der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen in einem Wahlkreis. Die totalitären Parteien insgesamt erhielten darüberhinaus bei einer hohen Wahlbeteiligung einen geringeren Stimmenanteil. Die staatstragenden Parteien der Mitte verloren infolge der Arbeitslosigkeit an Stimmen. Aus den Schätzungen läßt sich vermuten, daß der Stimmenanteil der NSDAP ohne Wirtschaftskrise nicht über 23% gestiegen wäre.

Summary

The influence of business cycle, socio-demografic and political factors on the four Reichstag elections 1930–1933 in Weimar Germany is studied on the basis of a pooled cross-section/time-series analysis. The Nazi vote share is cet. par. the higher, the higher the rate of unemployment, the lower the share of catholics and the higher the share of agricultural workers in a district. The totalitarian parties as a whole moreover received a lower vote share with increasing participation. According to our estimates, without depression, the Nazi vote share would not have exceeded 23%.

Professor Dr. Bruno S. Frey und Dipl. Volksw. Hannelore Weck, Institut für empirische Wirtschaftsforschung der Universität Zürich, Forchstr. 145, CH-8032 Zürich